



Schaffhauser Nachrichten
8201 Schaffhausen
052/ 633 31 11
www.shn.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 21'459
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3
Abo-Nr.: 272003
Seite: 5
Fläche: 59'207 mm²

Kritik am Powerplay der USA



Es droht eine kalte Dusche: Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf.

Die Hoffnung von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf auf ein rasches Ja zum Steuerdeal zwischen der US-Justiz und den Banken steht auf dünnem Eis: Von links und rechts hagelt es Kritik zum Vorgehen des Bundes.

VON DENISE LCHAT UND TOBIAS GAFAFER
BERN «Das ist die Lösung für jene Banken, die in den USA Geschäfte getätigt haben, die sie besser nicht getätigt hätten»: Mit diesen Worten präsentierte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf gestern den zwischen den USA und der Schweiz ausgehandelten Rahmen, mit dem Schweizer Banken rückwirkend nicht versteuerte US-Gelder regularisieren können. Dafür schlägt der Bundesrat keine Globallösung vor, sondern unterbreitet dem Parlament ein «Bundesgesetz über Massnahmen zur Erleichterung der Bereinigung des Steuerstreits der Schweizer Banken mit den Vereinigten Staaten». Es ist auf ein Jahr befristet und ermächtigt Banken, gegen welche die USA ein Strafverfahren eröffnet haben oder die potenziell amerikanisches Recht verletzt haben, mit den amerikanischen Behörden zusammenzuarbeiten – und zwar in eigener Verantwortung.

Mitarbeiter, Treuhänder, Berater

Konkret heisst das, dass Schweizer Banken dem amerikanischen Justizministerium Daten über das Verhalten ihrer US-Kundschaft und die Finanzströme liefern sowie Angaben über



Schaffhauser Nachrichten
8201 Schaffhausen
052/ 633 31 11
www.shn.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 21'459
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3
Abo-Nr.: 272003
Seite: 5
Fläche: 59'207 mm²

jene Mitarbeiter, die in der Bank die Kundengeschäfte organisiert und betreut haben. Übermittelt werden sollen auch die Daten Dritter: Damit sind Treuhänder und Finanzberater gemeint, die im Zusammenhang mit einer Geschäftsbeziehung eines US-Kunden stehen. Ausgeschlossen von dieser Ermächtigung sind indes Kundendaten und Kontoinformationen. Dafür müssen die USA den Weg des Amtshilfeverfahrens beschreiten. Dafür muss der US-Senat allerdings noch das blockierte Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz ratifizieren.

Die USA bieten den Schweizer Banken zur Regularisierung ein Programm an und verzichten laut Widmer-Schlumpf im Gegenzug auf weitere Strafuntersuchungen. «Damit kann ein Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen werden.» Banken, die sich trotz eingegangener Risiken nicht am Programm beteiligen, müssten allerdings auch künftig Verfahren gewärtigen.

Das Bundesgesetz verpflichtet die Banken zu einem «höchstmöglichen Schutz ihrer Mitarbeitenden». Die dafür vom Bund verlangte Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und dem Bankpersonal ist bereits getroffen worden. Sie sichert den Mitarbeitern die vorgängige Information, die Übernahme von Anwaltskosten sowie den Schutz vor Kündigung zu. Zudem wurde ein Härtefallfonds in Höhe von 2,5 Millionen Franken geschaffen. Der Arbeitgeberverband der Banken spricht in seiner Stellungnahme von einem «Musterbeispiel der Sozialpartnerschaft», und auch das Personal ist zufrieden. «Das ist eine gute Lösung», sagt Denise Chervet, Geschäftsführerin des Verbands.

Das Parlament sperrt sich

Über den Inhalt des US-Programms schwieg sich Widmer-Schlumpf gestern aus. Der Grund: Es handle sich um ein unilaterales Angebot der USA,

und diese wollten erst informieren, wenn das entsprechende Gesetz vom eidgenössischen Parlament gutgeheissen worden sei. Auf ein Ja beider Räte hofft der Bundesrat bereits in der Junisession: Er schickt das Gesetz im dringlichen Sonderverfahren ins Parlament. Widmer-Schlumpfs rasantes Tempo unter Verweis auf den grossen Druck aus den USA kommt bei den Parteien schlecht an. «Wildwest-Methoden» seien dies, kritisiert SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz. Ein so wichtiges Geschäft im Eiltempo behandeln zu wollen, sei völlig unseriös und werde von der SVP in dieser Form bekämpft. Auch die FDP hält nichts von einer «Hauruck-Übung» des Parlaments und fordert den Bundesrat auf, die Lösung in eigener Kompetenz umzusetzen – sonst bestehe die Gefahr eines Scheiterns. Tatsächlich droht eine unheilige Allianz: Die SVP will keinem Geschäft zustimmen, dessen Inhalt sie nicht kennt, die SP lehnt die «Notfall-Übung» für den Finanzplatz grundsätzlich ab. Die Banken hätten sich ihre Schwierigkeiten selber eingebrockt und müssten eine Lösung ohne Staat finden.

«Schweiz zahlt nicht»

Martin Naville, Direktor der Handelskammer Schweiz-USA, räumt zwar ein, dass die USA Powerplay betreiben. Für ihn ist die Lösung aber ein wichtiger Schritt nach vorn. Sie bringe Rechtssicherheit: Banken, die am Programm der USA mitmachten, würden nicht angeklagt. Auch Widmer-Schlumpf kann sich «keine andere vernünftige, rechtsstaatliche Lösung» vorstellen. Und es sei fraglich, ob es der Wirtschaftsstandort Schweiz verkraften könne, wenn gar nichts unternommen werde. Sie erinnerte dabei vor allem an die Kantonalbanken, für die eine faktische Staatsgarantie besteht. Dass sich der Bund an den Kosten beteiligt, die sich für die Banken notabene in Form von Bussen ergeben,

stellte die Bundesrätin hingegen in Abrede. In ihrem Departement werden entsprechende Spekulationen als «Unfug» bezeichnet. Auch indirekte Hilfe in Form einer Bevorschussung sei nicht geplant; dafür gebe es keinen einzigen Steuerfranken, sagt ein Sprecher. Je nach Umfang des US-Geschäfts sollen die Banken in vier Kategorien eingeteilt werden. Wie viele Einnahmen sich die USA erhoffen respektive wie hoch die Kosten für die Schweizer Banken sind, ist unklar. Die Rede ist von 7 bis 10 Milliarden Franken.